



Bundestags- brief

Nr.251 • Die Woche im Bundestag • 13.09.2019



**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Beratungen zum Haushalt 2020 beginnen: Herausforderungen bewältigen und Zukunft gestalten

In dieser Woche haben wir die parlamentarischen Beratungen für den Bundeshaushalt 2020 aufgenommen. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion stehen wir für eine solide Haushaltspolitik, die nicht in Aktionismus verfällt, sondern die aktuelle Herausforderungen bewältigt und sie mit Investitionen für eine gute Zukunft verbindet.

Deshalb halten wir auch in diesem Jahr unser Wahlversprechen und werden - wie schon in den vorangegangenen fünf Jahren - keine neuen Schulden aufnehmen. Damit leistet der Bund einen entscheidenden Beitrag, um die gesamtstaatliche Schuldenquote Deutschlands spätestens im nächsten Jahr erstmals seit 2002 wieder unter den Maastricht-Grenzwert von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu drücken. So sichern wir auch die Handlungsfähigkeit unseres Landes in der Zukunft und vermeiden es, mit Entscheidungen von heute die Generationen von morgen zu belasten.

Investive Schwerpunkte setzt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den Bereichen Verteidigung, Bildung und Forschung, Verkehr, innere und äußere Sicherheit sowie Entwicklungszusammenarbeit. Der Etat des Verteidigungsministeriums steigt um rund 1,7 Mrd. Euro, für Bildung und Forschung stehen mit 18, 2 Mrd. Euro wieder Rekordmittel zur Verfügung, und für die Stärkung der Inneren Sicherheit sind rund 6 Milliarden Euro vorgesehen.

Insgesamt werden die Investitionen im Bundeshaushalt einen Umfang von rund 40 Milliarden Euro erreichen – das ist ein Rekordwert!

Für den Bereich der Kultur- und Medienpolitik sieht der Kabinettsentwurf des Bundeshaushalts einen Aufwuchs um rund 58 Millionen Euro auf dann 1,82 Milliarden Euro vor.

Diese Steigerung um rund 3,3 Prozent ist gerade in Zeiten enger werdender Spielräume ein wichtiges Zeichen dafür, dass Kunst und Kultur in dieser Bundesregierung auch weiterhin große Bedeutung zugemessen werden.

Mit diesen zusätzlichen Mitteln erhöhen wir die Förderung für Kunst- und Kultureinrichtungen in ganz Deutschland. Dazu gehören unter anderem 10 Millionen Euro, die im Rahmen des Programms „Kultur in ländlichen Räumen“ zur Verfügung stehen sowie 15 Millionen Euro für das „Zukunftsprogramm Kino“, die ausdrücklich für den ländlichen Raum gedacht sind. Eine deutliche Erhöhung der Mittel erfährt auch das bundesweite Programm „Jugend erinnert“, das sich der Erinnerung und Vermittlung der Folgen von Diktatur und Gewaltherrschaft in unserem Land widmet. Den bisherigen Haushaltsansatz hierfür in Höhe von rund zwei Millionen Euro werden wir im Rahmen des Bundeshaushalts 2020 mehr als verdoppeln.

Und auch die Deutsche Welle als deutsches Sprachrohr, als Botschafterin und Vermittlerin unserer Werte im Ausland wird eine deutliche Erhöhung ihres Etats erfahren. Zusammen mit einer stärkeren Förderung der Medienkompetenz in unserem Land ist das ein wichtiger Beitrag, um unabhängige Berichterstattung zu stärken, aber auch um die Menschen für die alltägliche Mediennutzung in Zeiten von „fake news“ zu sensibilisieren.

Nach der ersten Beratung der Einzelpläne wird Ende Oktober die für den Bundeshaushalt 2020 maßgebliche Steuerschätzung vorliegen. Anschließend wird der Haushaltsausschuss in der sogenannten Bereinigungssitzung am 14. November 2019 einen abschließenden Vorschlag beraten, den das Plenum in der Sitzungswoche vom 25. – 29. November 2019 debattieren und beschließen wird.

Vorstandsklausur: Für Klimaschutz ohne Verbote, null Toleranz gegenüber kriminellen Clans.

Auf der Klausurtagung des Fraktionsvorstandes von CDU und CSU wurde klargestellt: Nachhaltigkeit und Klimaschutz gehen nur, wenn man die Menschen überzeugt. Mit der Verbotskeule werden wir die Menschen nicht für dieses Thema gewinnen.

Die Union setzt auf Technologie, Innovation und Anreize für den Klimaschutz. Und eins ist klar für uns: Es geht darum, die von uns selbst gesetzten Klimaziele zu erreichen, die Pariser Klimaziele sind unsere.

Wir gehen Klimaschutz umfassend an. Unsere Klimaschutzpolitik ruht auf vier Säulen, in denen wir umfassend handeln wollen:

1. Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase reduzieren.
2. Klimafreundliche Energie produzieren.
3. Folgen des Klimawandels bewältigen.
4. Internationalen Klimaschutz voranbringen.

Zur Umsetzung der Maßnahmen wird es nicht nur auf den Bund, sondern auch auf Länder und Kommunen etwa beim Ausbau des ÖPNV ankommen. Sie müssen ihrer Verantwortung auch gerecht werden. Mit diesen Überzeugungen gehen wir in die heiße Phase vor dem Klimakabinett am 20. September.

Auf der Vorstandsklausur haben wir zudem beschlossen, kriminellen Clans das Handwerk zu legen. Mit zwölf konkreten Maßnahmen wollen wir die Möglichkeiten dafür verbessern. Vermögen sollen konfisziert, Kriminelle schneller abgeschoben und gerade auffällige Kinder und Jugendliche leichter per Gerichtsbeschluss aus problematischen Familien herausgeholt werden können.

Wir wollen die besten Köpfe für die Forschung an der Künstlichen Intelligenz in Deutschland halten und ihnen hier eine Chance bieten. Dafür haben wir eine gute Grundlage mit unserem Beschluss zur Förderung von KI-Professuren gelegt, damit die Bedingungen für sie bei uns verbessert werden.

Zu Beginn dieses intensiven Herbstes steht für uns fest: Wir sind koalitionsstreu. Aber wir verbiegen uns nicht. Unser Koalitionspartner ist ein willkommener Partner, wenn er weiter an der Sache und für unser Land arbeiten will. Für linke Spielchen oder andere Experimente in die falsche Richtung stehen wir aber nicht zu Verfügung.

1949: Wahl des ersten Bundespräsidenten.

Nicht nur die CDU/CSU-Bundestagsfraktion feiert in diesen Tagen ihren siebzigsten Geburtstag, auch im Bundespräsidialamt kann man sich auf ein Jubiläum freuen:

Am 12. September 1949 wählte die Bundesversammlung Theodor Heuss zum ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland. Die Wahl von Heuss mit Unterstützung der CDU und CSU war ein Vertrauensbeweis.

Sie trug dazu bei, die FDP davon zu überzeugen, an der Seite des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer in die Bundesregierung einzutreten. Zehn Jahre später wurde schließlich mit Heinrich Lübke der erste Unionspolitiker Bundespräsident.

(Quelle: Bundespräsidialamt, KAS)

Städtetourismus in Europa: Berlin auf Platz 3

33 Millionen Übernachtungen wurden im letzten Jahr in Berlin gezählt. Das ist ein Anstieg von mehr als 5,5 Prozent gegenüber dem bereits sehr guten Jahr 2017. Besonders stark wuchs die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland, ihre Buchungen stiegen insgesamt um fast 8 Prozent.

Das starke Wachstum der Tourismusbranche in Berlin ist ungebrochen. Seit dem Jahr 2008 hat sich die Zahl der Übernachtungen in Berlin fast verdoppelt. Die große Anziehungskraft und Attraktivität der deutschen Hauptstadt liegt auch in der einzigartigen Kunst- und Kulturszene der Hauptstadt begründet. Berlins Kulturszene ist jung, dynamisch und innovativ, sie zieht viele Menschen an, die sich von dieser Atmosphäre inspirieren lassen und so dazu beitragen Berlins Ruf als pulsierende Metropole in die Welt hinauszutragen.

(Quelle: statistisches Landesamt)